

Lothar Bisky auf dem 8. Landesparteitag Thüringen

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste,

Erstaunlich viele Medien haben sachlich über den Potsdamer Parteitag der PDS berichtet. Zumindest hatten die großen Nachrichtenagenturen die Existenz unserer AgendaSozial hervorgehoben. Auf diese Weise tauchten Forderungen wie die 800 €Mindestrente, der Mindestlohn in vielen anderen Medien - wie der FAZ oder der ARD-Tagesschau wieder auf.

Ich halte diese **inhaltsorientierte** Berichterstattung über die PDS zwar eher für eine Seltenheit, da mache ich mir als Medienwissenschaftler gar **keine Illusionen**.

Die Auseinandersetzung mit der PDS als politische Kraft wird nicht freundlicher werden, sondern abgesehen von der uns schmerzlich vertrauten Ignoranz die **Berichterstattung**, die öffentliche Debatte gegenüber der PDS wird eher rauer werden.

Das haben wir bei den Anti-Hartz-Protesten schon erlebt.

Das sollten wir oftmals mitbedenken und unsere eigene Medienkompetenz und Öffentlichkeitsarbeit ernster nehmen als bisher.

Mit unseren **Wahlerfolgen 2004 haben wir eine wichtige Phase der Ermutigung, eine Konsolidierung eingeleitet. Wir sind einen guten Schritt vorangekommen. Mehr nicht.**

Gerade weil wir als PDS kein Selbstzweck sind, haben wir die BTW 2006 fest im Blick.

Wir wollen nicht nur Wahlen gewinnen, sondern die Gesellschaft demokratisch verändern.

Wir wollen einen Richtungswechsel in der Politik, weil wir Gerechtigkeit für modern halten.

Wir werden einiges dafür tun müssen, dass Politik nicht zur Public Relation von Wirtschaftseliten verkommt, sondern parlamentarisch und außerparlamentarisch Sinnfragen für die Zukunft aller erörtert und gestaltet.

II.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir kennen unser Spektrum an Ansprüchen und das Potenzial, mit diesen Ansprüchen ernst zu machen.

Trotzdem beschleicht mich manchmal das Gefühl, wir warten bei allem Engagement auf eine gute Fee,

- die Akzeptanz und die aufmunternde Kritik der PDS bei Sympathisanten und Neugierigen bewirkt
- die all unsere Kompetenzen in den Ländern über Nacht in ein bundespolitisch wirksamen Wurf verwandelt
- die die PDS überall zu einer Adresse für alternative sozialistische Politik werden lässt, für eine Politik, die ermutigt, die Spass macht,
- die Protest, Gestaltungsanspruch und Zukunftsentwürfe der PDS akzeptabel verbindet.

Mal wird die Führung kritisiert, die es richten soll, obwohl wir endlich eine Partei der Aktivistinnen und Aktivisten werden sollten. Mal kämpfen wir so erbittert um Deutungshoheiten, dass andere das Gefühl bekommen, wir wollen gar nichts Gemeinsames.

Solch Klima entsteht schon bisweilen, wenn der rauhe Wind, der einem entgegenweht, uns in Klischees stopft, statt seitenlang wie wir es manchmal gerne hätten - aus der AgendaSozial zu zitieren.

Doch schon an der Stelle müssten wir es wissen. Unsere Vergewisserung hat nur einen Sinn, wenn wir auch die Gewissheit vermitteln, dass wir Politik machen wollen und können.

Es ist doch klar und auch Ergebnis unseres widerständigen Charakters: Die PDS ist kein gesellschaftlicher Mainstream, der nach dem entfesselten Markt ruft, Deregulierung predigt und zu Letzt, wenn soziale Bindekräfte bersten, nach einer Leitkultur rufen wird.

Uns wird keine Fee in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen tragen. Aus der Landespolitik und aus der 15jährigen Geschichte wissen wir, wir müssen die Auseinandersetzung führen.

Wenn ich feststelle, wir sind auf dem Wege der Konsolidierung, dann heisst das:

Wir haben die Potenzen eine qualitativ wichtige Stimme in den Auseinandersetzungen um einen neuen Gesellschaftsvertrag im 21. Jahrhundert zu sein.

Wir haben Wurzeln in Ostdeutschland und einen Blick für ein kulturell vielfältiges, soziales Europa.

Wir haben unsere Geschichte ernst genommen, weil wir Veränderungswille, Problemlösungserfahrung und Dialogfähigkeit für die Zukunft brauchen.

Aber:

Wir haben das meiste noch vor uns und wir müssen jetzt handeln:

Für eine Politik, die eine solidarische, demokratische, friedliche Gesellschaft anstrebt, müssen wir uns selbst nach Mitstreitern umsehen. Wir müssen offensiv Mitglieder werben. Wir müssen im Gespräch, in der öffentlichen Auseinandersetzung unsere Politikangebote qualifizieren, ansprechend und diskutierbar machen und dort, wo wir in höchst praktischen politischen Aushandlungsprozessen wirken, da müssen wir die Türen öffnen und politische Entscheidungen transparent und nachvollziehbar machen.

Dann bekommt Kritikwürdigkeit einen positiven Klang im Sinne, *da ist etwas der Kritik würdig*, weil wir weiter wollen, aus unseren und aus den Sichten anderer lernen wollen. Wenn das Menschen spüren, dann kann man widersprüchliche Entscheidung darstellen nicht einfach rechtfertigen und bekommt trotzdem Vertrauen, vielleicht auch neue Vorschläge.

III.

Genossinnen und Genossen,

Sozialabbau, Bildungsnotstand, verfehlte Arbeitsmarktpolitik, die Misere der öffentlichen Haushalte,

Auslandseinsätze der Bundeswehr: das ist heute schon Alltag in der Bundesrepublik.

Wir gehen davon aus, dass ist nicht alternativlos und darf auch nicht alternativlos bleiben.

Jetzt haben wir alles unverzüglich in Angriff zu nehmen, was den Erfolg auch weit über den Einzug der PDS als Fraktion in den Deutschen Bundestag möglich macht. Es geht um nicht weniger als um die Weichenstellungen für eine linksozialistischen Partei Deutschlands.

2006 ist heute und morgen, doch dabei müssen wir eine Partei für übermorgen werden.

Ich sehe uns hier auf einem Fahrrad radelnd, mit der Aufgabe konfrontiert, ein sonnenbetriebenes Flugzeug zu bauen.

Das schaffen wir nicht

- ohne eine weitergehende inhaltliche Schwerpunktsetzung,
- ohne Effektivierung und Koordinierung unserer organisatorischen Fähigkeiten und
- ohne einen neuartigen Versuch, gesellschaftliche Öffentlichkeiten mitzugestalten, uns weiter im Alltag zu verankern und Ideen anderer so aufzugreifen, das man gemeinsam an deren politischer Verwirklichung arbeitet.

Anrede,

Vor diesem Hintergrund werden wir all unsere Kräfte mobilisieren für den Wiedereinzug der PDS in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag.

Die PDS als die sozialistische Partei in Deutschland und als Mitgliedspartei der Europäischen Linken - wird eine klare **Antikriegspolitik** vertreten, in Deutschland, in einem weltoffenen Europa.

Wir sind als **Partei der sozialen Frage** in den Alltag zurückgekehrt und erkennbar.

Wir haben die Anti-Hartz-Demonstrationen unterstützt und werden dies auch weiter tun. Wir haben in Geschäftstellen Beratung vermittelt und Hilfe angeboten. Mit der gutachterlichen Stellungnahme zu HartzIV haben wir unterstützendes Material in der Hand, das Betroffene auf dem Klageweg nutzen können.

Wahrgenommen und ernstgenommen wurden Genossinnen und Genossen auch, weil die **eigenen Vorschläge der PDS** gegen den gravierenden Sozialabbau zunehmend gefragt sind. Das haben die Wahlkämpfe deutlich gezeigt.

Gerade versuchen Arbeitgeberverbände die **Mitbestimmung** einzuschränken.

Von Hartz IV wird der Druck gegen eine individuelle Grundsicherung, der Druck gegen Arbeitslose aufgemacht, aber zugleich gegen Beschäftigte. Es geht um die Lebens- und Arbeitsbedingungen ganz vieler, auch wenn der Grad von gesellschaftlicher Ausgrenzung oder Integration den einzelnen höchst unterschiedlich erscheint. Gegen Entsolidarisierung brauchen wir eine neue Kultur des Teilens und des Umverteilens. Der Sozial- und Demokratieabbau richtet sich gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Die soziale Frage in den Mittelpunkt politischer Forderungen zu stellen, das ist schon die Hälfte der Antwort: wieviel wir von der Freiheit des einzelnen, von der Würde des Menschen wirklich halten.

IV.

Anrede,

Die AgendaSozial der PDS hat einen solidarischen Reformansatz. Die Kanzleragenda, die Steuerreform von Rot-Grün, Merkels Angriffe auf Tarifrechte und Kopfpauschalen beschleunigen nur noch die Umverteilung von unten nach oben. Das ist Politik für den Teil der Wirtschaft, der sich längst aus der gesellschaftlichen Verantwortung verabschiedet hat.

Mit unserem **neuen Programm**, mit der **AgendaSozial** haben wir einen streitbaren Anfang vorgelegt. Reformen wieder als Politik sozialer Gerechtigkeit zu buchstabieren.

Uns geht es um einen solidarischen Reformansatz, der den Sozialstaat nicht für unbezahlbar hält. Nur wenige haben Zukunftschancen, wenn wir Deutschland weiter zum Standort betriebswirtschaftlicher Rentabilität umdefinieren lassen. Diese Opferhaltung gegenüber der Globalisierung großer Konzerne zerstört den Lebensort Deutschland. Soziale und politische Rechte auf ein würdiges Leben werden missachtet.

Deshalb ist ein solidarischer Reformansatz dringend, damit die Arbeitswelt frei von der Willkür eines entfesselten Marktes ist. Derzeitig verwandeln die politischen Ansätze von Rot-Grün und Schwarz-Gelb Erwerbsarbeit wieder in uralte Frohn und stilisieren Arbeit ganz praktisch zum Stützpfeiler patriarchaler Familienstrukturen. Pflegen, Beraten, gemeinwohlorientierte Arbeit wird erneut massiv abgewertet. Die sogenannten 1€Jobs auch wenn sie aus prekären sozialen Gründen nachgefragt sind sind meilenweit entfernt von einem modernen Arbeitsrecht und einer tragfähigen Lösung für öffentliche Beschäftigungsförderung. Wenigsten Wahlmöglichkeiten, also Freiwilligkeit, sollte die Umsetzung bestimmen und grundsätzlich bleiben wir dabei: Hartz IV muss weg.

Wir haben Erfahrungen wie in Mecklenburg-Vorpommern - gesammelt und wir werden als PDS weiter Vorschläge für einen öffentlich-geförderten Beschäftigungssektor unterbreiten.

V.

Wir haben **Bildungspolitik** in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung um eine moderne Wissensgesellschaft gestellt. Bildung muss zu ganz neuartigen Arbeitsplätzen, zu wirtschaftlichen Innovationen führen, aber auch zur Festigung zivilgesellschaftlicher Strukturen, zu sozialen Kompetenzen, der Fähigkeit zum kulturellen Austausch und mehr Gemeinsinn.

Es kann nur um eine **Bildung für alle** gehen.

Bildung für alle verlangt Kindergärten, Schulen und Hochschulen, die fördern und nicht auslesen. Deutschland gibt so erschreckend wenig für Bildung aus, so dass die sozialen Klüfte, die auch Pisa II offenbart hat, bundespolitisch haugemacht sind. 4,3 % des BIP werden in Deutschland für Bildung ausgegeben. In skandinavischen Ländern und in Belgien werden über 6 % ausgegeben. Doch nicht nur die spärlichen Finanzen sind die Ursache für den Bildungsnotstand. Deutschland investiert dort am wenigsten - in Kindergärten, Vor- und Grundschule - wo Lernen geweckt und als wertvolle Lebenserfahrung spielerischer Alltag werden kann.

Ich denke, da ist die PDS mit den Kompetenzen aus den Ländern auf einem guten Weg. Der Landesverband Thüringen hat mit einer facettenreichen Bildungskampagne Großes geleistet. Ich will hier nur an die Bildungs- und Kulturkonferenz "KULTUR MACHT BILDUNG" am 6. September in Gera erinnern.

Das unterstützt und untermauert unsere Forderungen, dass Bildungspolitik über das Kompetenzgerangel der Länder hinaus ernstgenommen werden muss.

VI.

Anrede,

Wir haben uns einen **kommunalpolitischen Parteitag für 2005** vorgemerkt.

In den Städten und Gemeinden sind unsere Wurzeln in Ost und West. In den Kommunen sind die Eingriffe europäischer Privatisierungspolitik spürbar, die verfehlte Steuerpolitik von Rot-Grün an jeder Ecke offensichtlich.

In den Städten und Gemeinden sind die Kultur- und Jugendprojekte für unsere Zukunft, werden die Chancen regionaler Wirtschaftsförderung konkret, hier ist der sozialen Ausgleich wirklich zu bewältigen.

Vor Ort geht es darum, Aufmärschen von Rechtsextremen, friedlich und bestimmt entgegenzutreten. Vor Ort geht es um präventive Aufklärung gegen Ausländerhass und Antisemitismus und es geht dabei nicht nur um Jugendarbeit.

Die Auseinandersetzung ist grundsätzlicher Natur und beschäftigt uns bis in die Parlamente. Ignoranz ist der falsche Weg.

Ja in den Kommunen beginnt friedliche Konfliktlösung, entsteht politische Willensbildung für mehr Demokratie und für das Engagement der nächsten Generation. In unserer Stadt, in unserer Gemeinde werden die

Arbeitsplätze gebraucht, auch damit Ausgebildete zurückkommen können und hier ihre Ideen verwirklichen.

In unseren Straßen, in der Schule, am Arbeitsort dort können wir Migration als Bereicherung erleben, dort erfahren wir, dass Kulturen als Austausch und Belebung, ja auch als Kritik der je eigenen Wertvorstellungen funktionieren. Integration zwischen Kulturen von Mehrheiten und Minderheiten kann niemals als Einbahnstraße formuliert werden. Mehrheiten und Minderheiten sind wechselnd, wenn man nach sozialen Chancen fragt.

Kommunalpolitik ist auch ein europäisches Thema und verlangt gänzlich neuartige bundespolitische Aufmerksamkeit, auch deshalb müssen wir zurück in den Deutschen Bundestag 2006.

VII.

Es gibt noch einen entscheidenden Grund, warum wir mit mehr als zwei tapferen Frauen in den Bundestag gehören:

Der Osten fand, seit die PDS nicht mehr in Fraktionsstärke im Bundestag ist, dort nicht mehr statt oder was fast noch fataler ist:

Der Osten wurde als Konfliktfaktor Nr. 1 für scheinbar unerwartete Probleme wirtschaftlicher Stagnation im Westen aufgerufen und diente als Folie, Entsolidarisierungen aller Art geistig salonfähig zu machen.

Und uns geht es um viel mehr, als um die Vertretung von Ostinteressen, wenn wir die Ostkompetenz der PDS betonen. Sie ist wichtig für die Lösung von Problemen, die in Gelsenkirchen, im Ruhrgebiet, im Westen längst bekannt sind: Sozialabbau, die Binnenmarktschwäche und die verfehlte Steuerpolitik von Rot-Grün. Auch dort gibt es: hohe Arbeitslosigkeit, selbst Abwanderung und Investitionsstau. Probleme des Ostens sind zuerst soziale Probleme der ganzen Republik und als solche könnten sie in einer Weise gelöst werden, dass die ganze Republik davon profitieren kann.

Zu unserer **Ostkompetenz** beim Umgang mit dem heutigen Problemdruck gehört, das wir gute Erfahrungen mit einer polytechnischen Oberschule, mit hervorragend ausgebildeten Frauen und Männern, mit einer reichen kulturellen Landschaft, mit Polikliniken/Gesundheitszentren und viele Freundschaften in Osteuropa haben. Diese Erfahrungen sind noch wach. Sie gewinnen an Bedeutung in Zeiten, die deutlich machen: der Aufbau Ost als Nachbau West ist gründlich gescheitert. Deshalb ist eines neues Kapitel der politischen Mitbestimmung der Ostdeutschen bei der Lösung ihrer Probleme überfällig.

VIII.

Anrede,

Wir haben einen anspruchsvollen **Leitantrag "Für eine starke PDS: Sozial, mit aller Kraft! - Als sozialistische Partei 2006 in den Deutschen Bundestag"** beraten und verabschiedet. Das ist der Wegweiser in den politischen Auseinandersetzungen.

Er enthält entscheidende Projekte von der Wirtschaftspolitik bis zur Demokratieentwicklung - die auf dem

Reformansatz der AgendaSozial basieren.

Im Leitantrag haben wir das **strategische Dreieck** entfaltet egal wie glücklich man den Begriff selbst findet.

Es geht darum, unsere ganze politische Praxis wirklich ernst zu nehmen und als

- Widertand und Protest
- als Anspruch auf Mit- und Umgestaltung
- und als Alternativen zu begreifen, die über den Kapitalismus hinausweisen.

Damit ist nicht gemeint,

- die einen in der Partei sind für Protest und Widerstand zuständig,
- die anderen für die Alternativen und
- die Dritten mühen sich mit gestaltenden Politikansätzen, die bei den derzeitigen Kräfteverhältnissen nicht selten scheitern und neuer widerständiger Anläufe bedürfen.

Nein wir wollen da etwas dialektischer herangehen und das strategische Dreieck an allen Orten wo wir politisch aktiv sind, ernst nehmen.

Dazu gehört es wie auf dem Parteitag geschehen unsere **Regierungsbeteiligungen neuartig auszuwerten** und wie ich es eingangs angedeutet habe - kritisch zu begleiten.

Und klar geworden ist auch das müssen wir viel gründlicher tun.

Dazu gehört es gerade in der Auseinandersetzung um unsere Alternativen - neue **Bündnispartner** in Initiativen, in Gewerkschaften, an Hochschulen zu gewinnen.

Dazu gehört es: unsere **konzeptionellen Fähigkeiten zu qualifizieren**, die Alternativen aus dem Reich der vagen Träume, in das Reich des Möglichen zu transportieren. Also auch hier sollten wir selbstkritisch sein und um es mit schönen Worten zu umschreiben: Wir sollten mitreißende, ermutigende, klare, streng gerechnete und plausible Alternativen vorlegen, statt bei jedem einzelnen Wort zu überlegen, ob das irgendein Neoliberaler schon einmal verwendet haben könnte.

Debattenentwürfe, wie sie mit Bodo Ramelows Gesellschaftsvertrag 21, angedacht sind, sind da auch sprachlich, einfach ermunternd.

Wir müssen uns endlich auf wenige politische Schwerpunkte konzentrieren, die jeder mit der PDS verbindet.

Wir sollten auch das, was mit motivierenden Entwürfen an Lebensqualität angedacht ist, **selbst vorleben**, um dem Anspruch: sozial, solidarisch, friedlich und demokratisch gerecht zu werden.

Dazu gehört es: auch **parlamentarische Arbeit zu qualifizieren** auch den Austausch zwischen den Parlamenten gerade für bundespolitische Konzepte in der Bildung, bei Steuern, für die Bürgerversicherung und vor allem für weitere Modellprojekte wie den ÖBS (in MV) u. ä. brauchen wir das dringend.

Dazu gehört es: die **europäischen Erfahrungen** zwischen den 18 Mitgliedparteien der Partei der europäischen Linken zu nutzen. Wir haben selbst dafür zu sorgen, dass wir uns europapolitisch einmischen.

Wir werden uns **für einen Referendum im Ratifizierungsprozess der EU-Verfassung einsetzen** und zugleich klar machen, dass wir pro-europäisch denken.

Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass der 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus am **8. Mai 2005 zu einem Impuls der Wiederaneignung der guten Traditionen des Antifaschismus** wird. Dafür haben wir eine Resolution auf dem Parteitag angenommen. Die bewegende Rede von Kurt Goldstein zeigt, dass die

Gegenwart keine Schlussstrichdebatten gebrauchen kann.

Antifaschistische Erbe ist auch ein kulturelles Erbe dieser Republik. Eine Neuaneignung des Antifaschismus braucht diese Republik statt Leitkulturdebatten, die in der Konsequenz das genaue Gegenteil provozieren könnten.

IX.

Anrede,

abschließend möchte ich festhalten: Wir haben uns viel vorgenommen. Der neu gewählte Vorstand braucht unser aller Unterstützung. Er muss neue Impulse entwickeln, damit wir auch im Engagement vor Ort noch zulegen können.

Dafür müssen wir innerhalb der Partei verlässliche Wege der Erneuerung gehen.

Es geht um unsere Kampagnen- und Politikfähigkeit.

Wir müssen ein verständliches und auch ermutigendes **Wahlprogramm** entwickeln. Dafür brauchen wir die Ideen und die Kräfte aus allen Ländern, dafür wünsche ich mir heute eine anregende Debatte und wichtige Entscheidungen auf Eurem Landesparteitag, denn auch ihr habt Euch vorgenommen: „Jetzt das Jahr 2006 in den Blick zu nehmen.“

Um unsere Kräfte zu konzentrieren, brauchen wir eine effektivere Zusammenarbeit zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden. Ich möchte das Bodo Ramelow eine führende Rolle im Wahlkampfteam einnimmt. Wir müssen auch den Mut zu neuen Schritten haben. Wir sind dabei, das ganze Karl-Liebknecht-Haus für den Wahlkampf fit zu machen.

Als Partei der sozialen Frage und der demokratischen Alternativen: so sollten wir erkennbar sein, so werden wir 2006 Erfolg haben.

Es geht um die Chance über den Wahltag hinaus, die die PDS als sozialistische Partei der Bundesrepublik Deutschland braucht, damit es einen Richtungswechsel in der Politik und der Gesellschaft geben kann.